

## Aufruf der Krefelder Initiativen

Die Kommunalpolitik in Krefeld steht jetzt vor der Herausforderung, eine Neuorientierung auf zentralen Politikfeldern zügig voranzutreiben. Wenn wir die Ausblicke des Weltklimarats (IPCC) lesen, wenn wir die Bilder der Flutkatastrophe auf uns wirken lassen, können wir nicht zulassen, daß es einfach immer so weiter geht. Ein grundlegender Perspektivwechsel ist anstrengend. Aber er eröffnet neue Chancen. Die Initiativen der Zivilgesellschaft sollen den Austausch mit den Fraktionen, Gruppen und Einzelmitgliedern des Rates befördern. Unsere Positionen sind durchdacht und begründet und wir vertreten sie gemeinsam. Auch wenn jede Initiative sich mit den konkreten Bedingungen vor Ort befasst, auch wenn jeder Zusammenschluss seine eigene Sichtweise hervortreten lässt – es gibt viele entscheidende Punkte, in denen Übereinstimmung besteht.<sup>1</sup> Der Aufruf der Initiativen verdient Aufmerksamkeit, weil ihre Aktionen die Unterstützung von über 10.000 Bürgerinnen und Bürgern (durch ihre Mitwirkung oder durch ihre Unterschrift) gefunden haben.

**Wir wollen zügig und nachhaltig gestalten. Wir wollen mit Projekten vor Ort den ökologischen Umbau, die soziale und die Gerechtigkeit der Generationen verbinden!**

**Krefeld hat Phantasie und Mut für Projekte mit Zukunft! Die Zeit ist abgelaufen für Projekte, hinter denen nur Profit und Prestige stehen!**

**Nutzen wir die Chance, Krefeld gemeinsam zu einer Vorzeigestadt in Bezug auf den Klimawandel zu entwickeln!**

In der rot-grünen Kooperationsvereinbarung ist Klimaneutralität bis 2035 angestrebt. Dieser seinerzeit noch ehrgeizige Zeitraum muß nun überdacht werden. Es ist an der Zeit, konkrete Maßnahmen mit messbaren Zielen und Schritten zu benennen, damit der „**Krefelder Weg**“ sich nicht binnen weniger Jahre als Sackgasse erweist. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass Krefeld sich zu einer Stadt entwickelt, die zukunftsweisende Anstöße und Modelle aufnimmt und entschlossen umsetzt: Hier wird künftig durch Flächenrecycling Wohnraum geschaffen. Hier wird die Flächenversiegelung gestoppt, die Landschaft nicht weiter zerstört und das Klima nicht mehr zusätzlich belastet. Hier werden Grünflächen geschaffen und hier gibt es umweltfreundliche Mobilitätskonzepte! Hierzu wollen wir einen Beitrag leisten.

---

<sup>1</sup> Wir möchten auf das Papier „Eine Zukunftsagenda für die Vielen!“ hinweisen. Der BUND und der Paritätische Wohlfahrtsverband haben soeben gemeinsam Forderungen zur Bundestagswahl ausgearbeitet. Ohne die Forderungen im einzelnen zu bewerten, möchten wir betonen, daß uns die Zusammenschau der Probleme beeindruckt. Wir möchten für die Stadt Krefeld, die uns allen am Herzen liegt, konkretisierte Forderungen aufstellen und deren Zusammenhang deutlich machen.

Die Politikfelder „Wohnen“ und „Umwelt“, auf welche wir uns hier beschränken, sind eng miteinander verzahnt.

Beginnen wir beim **Politikfeld „Wohnen“**. Hier wurden in der bisherigen Baupolitik Neubaugebiete auf der grünen Wiese favorisiert. Ohne sie könne dem vermeintlichen Zuzugsdruck nicht begegnet werden, heißt es. Dagegen bringen wir folgende Argumente vor:

1. Der Bedarf ist wesentlich geringer, als die vorgetragenen Zahlen suggerieren.
2. Der tatsächliche Bedarf liegt bei preiswerten, kleinen, verkehrsgünstigen, innenstadtnahen Wohnungen und nicht bei unflexiblen Einfamilienhäusern mit hohem Flächenverbrauch oder anspruchsvollen Eigentumswohnungen für Gutverdienende.
3. Das tatsächliche Angebot wird niedriger ausgewiesen, weil leerstehende und fehlgenutzte Wohnungen nicht in die Berechnungen einbezogen werden.
4. Ein von Gewinnerwartungen getriebener Wohnungsbau ist nicht geeignet, den tatsächlichen Bedarf zu befriedigen. Eine Stärkung des öffentlichen und gemeinnützigen Wohnungsbaus und eine Einflussnahme auf Eigentümer, die ihrer Verantwortung nicht gerecht werden, ist unabdingbar. Die Stadt muss die ihr zur Verfügung stehenden Mittel entschlossen einsetzen.
5. Eine sozial verträgliche und ökologisch nachhaltige Innenstadtentwicklung mindert den Druck auf die Fläche und steigert die Attraktivität der Innenstadt. Die Innenstadt muss wieder bewohnbar gemacht werden. Dazu gehören die Schaffung und der Ausbau von innerstädtischen und stadtnahen Freiflächen, die dem Aufheizen der City begegnen und zum Erreichen des Klimaziels beitragen. Das hier einzusetzende Maßnahmenbündel muss präzisiert und entschlossen eingesetzt werden. Hier gilt: Umbau vor Neubau, Erhalt statt Abriss, Gemeinnutzen an Stelle von privatem Profit.

Das **Politikfeld „Umwelt“** ist davon gekennzeichnet, dass viele Einflussfaktoren zu berücksichtigen sind und ihre Verflechtung zu bedenken ist. Dazu ist in vielen Studien bereits viel Nützliches erarbeitet worden, auf das zurückgegriffen werden kann. Gefragt sind Entscheidungsfreude, Entschlossenheit und Mut, neue Wege zu beschreiten. Folgende Leitlinien sollten die Umweltpolitik prägen:

1. Eine weitere Inanspruchnahme von versickerungs- und verdunstungsfähigen Flächen muss gestoppt werden.
2. Die genutzten Flächen müssen der Vorgabe nachhaltiger Bewirtschaftung entsprechen. Das gilt für landwirtschaftlich genutzte Flächen und für schutzwürdige Freiflächen, die als Landschafts- bzw. Naturschutzgebiet auszuweisen und dauerhaft bestandssicher gemacht werden.
3. Die ökologischen Kreisläufe müssen bei allen Maßnahmen beachtet werden. Es gilt nicht nur, künftige Negativeffekte zu vermeiden. Es müssen auch entstandene Fehlentwicklungen korrigiert werden. Neue dürfen gar nicht erst zugelassen werden. Ein Surfpark am Elfrather See, der Ressourcen strapaziert und noch nicht einmal Steuereinnahmen erzeugt, ist ein Anachronismus. So ging vielleicht Planung und Entwicklung früher einmal. Das können wir heute vor unseren Kindern nicht mehr rechtfertigen.
4. Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft, ihrer Verantwortung und ihres Sachverstandes führt erst zu einer Stadt mit unverwechselbarer Identität. Das Profil einer Stadt sind die Ideen und das Engagement ihrer Bürger und nicht die Prospekte der Investoren!

Ein „**Krefelder Weg**“, der eine zukunftsweisende Stadtentwicklung beschreiben soll, kann nur durch die Einbeziehung der Zivilgesellschaft mit zukunftsfähigen Wegmarken ausgestattet werden. Der reiche Schatz an Wissen und Ideen, der in Verbänden, Vereinen und Initiativen vorhanden ist, sollte von der Politik gewürdigt und einbezogen werden.

Unser Aufruf ist der erste Schritt hinein in einen Dialog mit den im Rat vertretenen Fraktionen, Gruppen und Einzelmitgliedern. Das Format für einen Austausch möchten wir angesichts der Corona-Lage, den zu Ende gegangenen Sommerferien und dem nun heftig einsetzenden Wahlkampf erst noch festlegen. Sicher wäre uns das Format einer Podiumsdiskussion sehr lieb.

Wir freuen uns auf Ihre Antwort!

Krefeld, im August 2021

- Bürgeraktion Baumschutz Krefeld e.V., Bernd Kraft – [kontakt@buengeraktion-baumschutz.de](mailto:kontakt@buengeraktion-baumschutz.de)
- Bürgerinitiative Erhaltung Naherholungsgebiet Elfrather See (BIENE) – Thilo Storck – [info@biene-krefeld.de](mailto:info@biene-krefeld.de)
- Bürgerinitiative "Lasst dem Wiesenhof die Wiese", Barbara Schweikart – [lasst-dem-wiesenhof-die-wiese@gmx.de](mailto:lasst-dem-wiesenhof-die-wiese@gmx.de)
- Bürgerinitiative Lebenswertes Hüls e.V. – Walter Schäfer – [info@lebenswertes-huels.de](mailto:info@lebenswertes-huels.de)
- BUND – Bund für Umwelt und Naturschutz, Kreisgruppe Krefeld – Angelika Horster – [bund.krefeld@bund.net](mailto:bund.krefeld@bund.net)
- Freiraum Nordwest e.V., Stephan Bartjes – [info@freiraum-nordwest.de](mailto:info@freiraum-nordwest.de)